



Das UNRWA-Hauptquartier in Gaza-Stadt

DPA-BILD: AMRA

# Ein Übel in der Maske der Humanität

Es kommt vor, dass sich unter der Maske von Humanität und Fürsorge Menschenverachtung, Hass und Korruption verbergen. Ein Beispiel lieferte in den vergangenen Tagen eine UN-Organisation, die im Nahen Osten für „Flüchtlinge“ aktiv ist. Die Rede ist von der UNRWA, der „United Nations Relief and Works Agency for Palestine Refugees in the Near East“, also dem UN-Hilfswerk für Palästinensische Flüchtlinge im Nahen Osten.

Dass diese Organisation alles andere als ein unparteiisches, humanistisches Hilfswerk ist, konnte allerdings schon in der Vergangenheit jeder wissen, der wissen wollte. Nun ist es unübersehbar.

■ Mindestens ein Dutzend UNRWA-Mitarbeiter haben sich an den Massakern an Israelis vom 7. Oktober 2023 beteiligt. Und mehr noch: Geheimdienstberichte sprechen davon, dass mehr als zehn Prozent der UNRWA-Beschäftigten nicht nur Verbindungen zu den Terrororganisationen Hamas oder Islamischer Dschihad haben, sondern sogar aktive Mitglieder sind.

Das will etwas heißen. Die UNRWA ist mit rund 12 000 Mitarbeitern im Gazastreifen der größte Arbeitgeber. Es ist ein echter Wirtschaftsfaktor mit enormem Einfluss auf das Leben der Menschen – und steht doch selbst unter dem Einfluss der terroristischen Machthaber in Gaza.

Wer dort einmal war, der weiß: Niemand kann einen UNRWA-Job bekommen, ohne dass die Hamas-Behörden die Hand im Spiel haben. In

Mehr als 200 Millionen Euro überweist die Bundesregierung pro Jahr an eine fragwürdige Organisation. Vordergründig widmet die sich der Fürsorge für Flüchtlinge. In Wirklichkeit stützt sie ein Terrorregime und verewigt einen Konflikt, sagt Alexander Will.

einem diktatorischen System müssen sich die Leitungen solcher Organisationen mit den Machthabern arrangieren, und sie tun es. Schon 2004 gab der damalige UNRWA-Generalsekretär Peter Hansen zu, dass Hamas-Leute für die UN-Organisation arbeiten. Das sei aber nicht schlimm, denn „mitnichten ist jedes Mitglied militant“.



Der Text zum Anhören, gesprochen vom Autor unter [www.nwzonline.de/podcasts/](http://www.nwzonline.de/podcasts/)

Das Einvernehmen mit Terroristen hat Folgen. 2014 wurden Waffen in UNRWA-Schulen gefunden, ebenso 2019 und 2020. Unter UNRWA-Einrichtungen legt die Hamas gern Terror-Tunnel an. In den UNRWA-Schulen wird Hass auf Israel gelehrt, immer wieder stehen die antisemitisch gefärbten Schulbücher in der Kritik.

Nach dem 7. Oktober bejubelten UNRWA-Lehrer das Massaker in einer Telegramm-Gruppe. Schon im Dezember wurde bekannt, dass ein UNRWA-Lehrer eine israeli-

sche Geisel in seinem Haus gefangen gehalten hat. Israeliische Truppen fanden erneut Waffen in Einrichtungen der Organisation, und UNRWA-Ausrüstung wurde in den Tunneln der Hamas entdeckt.

■ Doch die UNRWA-Frage ist neben einem handfesten Terror- und Sicherheits- auch ein politisches Problem. Zum einen trägt die Organisation zur Stabilisierung der Hamas-Herrschaft bei. Die UNRWA sorgt durch ihre Arbeit dafür, dass die Hamas Ressourcen nicht für die Unterstützung der Bevölkerung verwenden muss, sondern für Terror-Tunnel, Raketen, Sturmgewehre und die Ausbildung von Terroristen einsetzen kann.

■ Zum anderen trägt die Tätigkeit der Behörde dazu bei, die „Flüchtlings“-Frage in der Region ins Unendliche zu verlängern. Sie verhindert seit 1949 die Assimilation von Menschen in den arabischen Staaten. Doch sie verhindert diese nicht nur, sie verschärft die „Flüchtlings“-Frage noch, indem sie die Zahl der Menschen, die nach der Lesart der

Organisation unter diesen Status fallen, ständig erhöht. Auch die Nachkommen derjenigen, die während des Unabhängigkeitskrieges Gebiete im heutigen Israel verließen, sind für die UNRWA nämlich „Flüchtlinge“. Betraf das 1948 weniger als 500 000 Menschen, sprechen wir heute von über fünf Millionen. Diesen wird dauerhaft suggeriert, sie könnten irgendwann tatsächlich in ihre „Heimat“ in Israel zurückkehren.

Das ist ganz im Sinne der Terrororganisationen Hamas oder Islamischer Dschihad, aber auch im Sinne der Autonomiebehörde in Ramallah und einiger arabischer Staaten in der Nachbarschaft Israels. Nur ein vermeintlich ungelöstes „Flüchtlingsproblem“ stellt sicher, dass die Region unruhig bleibt und die Wut auf die „israelischen Okkupanten“ nicht versiegt.

Man stelle sich vor, nach 1945 hätten die Bundesrepublik und die DDR die nach der Niederlage im Zweiten Weltkrieg auf ihr Territorium geströmten Flüchtlinge und Aussiedler aus Schlesien, Ostpreußen, Ostbrandenburg, Pommern und dem Sudetenland nicht integriert, sondern sie und ihre Nachkommen bis heute in Lager angesiedelt, dort 70 Jahre lang die Mär befeuert, sie könnten irgendwann zurückkehren und gleichzeitig den Hass auf Polen, Russland, und Tschechien geschürt.

Genauso geschah es nach 1948 im Vorderen Orient, nachdem die Araber mit einem versuchten Völkermord an den Juden im ehemaligen britischen Mandatsgebiet ge-

„Einer der größten Geber ist Deutschland. (...) So wird indirekt die Hamas unterstützt. Die Bundesregierung sollte die Zahlungen an die UNRWA endgültig einstellen, und nicht nur temporär. Sie sollte zudem auf internationalem Parkett die Auflösung der Behörde betreiben. So könnte sie dem so oft geforderten „Nie wieder“ tatsächlich gerecht werden.“

scheitern. Die UNRWA ist das Werkzeug dieses rein strategischen, antiisraelischen Schachzuges. „Palästinensische Flüchtlinge“ sind heute weltweit die einzigen, die ihren Flüchtlingsstatus vererben.

■ Was also tun? Die UNRWA wird durch staatliche Spenden finanziert. Einer der größten Geber ist Deutschland – im vergangenen Jahr mit 200 Millionen Euro. Das ist Platz zwei hinter den USA und noch vor der EU. So wurde indirekt die Hamas unterstützt. Die Bundesregierung sollte die Zahlungen an die UNRWA endgültig einstellen, nicht nur temporär. Sie sollte zudem auf internationalem Parkett die Auflösung der Behörde betreiben. So könnte sie dem so oft geforderten „Nie wieder“ tatsächlich gerecht werden.

@ Den Autor erreichen Sie unter [Will@infoautor.de](mailto:Will@infoautor.de)

Dr. Alexander Will ist Mitglied der Chefredaktion und politischer Kommentator in der Nordwest Mediengruppe. Er war unmittelbar vor dem 7. Oktober in Israel.

BILD: BICHMANN

